Zwischen Demokratie, Theokratie und Autokratie: Muslimbrüder an der Macht

Wie sind die Wahlerfolge und die jüngste Politik von Ägyptens Islamisten zu deuten?

Alexander Niedermeier[1]

Alexander Niedermeier ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen. Er befasst sich mit der Theorie der Internationalen Beziehungen sowie mit Internationalen Sicherheitsstudien, Politischer Psychologie und Entscheidungstheorie sowie dem Nahen Osten.

1. Der unerwartete Aufstieg der Muslimbrüder zur Macht

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Ikhwan, so der arabische Name der Muslimbrüder, in Ägypten politische Macht übernehmen könnten, wurde noch 2011 fast einhellig als sehr gering eingestuft (vgl. etwa Rubin 2011: 45). Stattdessen überwog die Begeisterung über den Sturz Mubaraks, man glaubte an die baldige Etablierung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit und wähnte sich am Beginn eines Prozesses, an dessen Ende ein friedlicher, aufgeklärter, prosperierenden Naher Osten stehen würde. Aktuell präsentiert sich der Welt ein anderes Bild, die jüngsten Entwicklungen beunruhigen. Bedeuten die Wahlerfolge der Muslimbrüder das Ende des arabischen Frühlings, sind wir Zeugen der Entstehung einer neuen Autokratie oder gar einer autokratischen Theokratie vor den Toren Europas? Um diese Fragen zu beantworten, sollen bestimmte Hintergründe und Zusammenhänge genauer beleuchtet werden: Wie kam es zu den Wahlergebnissen und was bedeuten sie? Was sind die Ideen und Ziele Muslimbrüder und welches Verhältnis verbindet sie mit anderen Akteuren im Land, etwa Militär, Justiz oder anderen islamistischen Gruppen?

2. Ein Volk von Islamisten? Weshalb Muslimbrüder die Parlamentswahlen gewannen

Die Frage, die sich vordringlich stellt, zielt darauf ab, inwieweit die Wahlerfolge der islamistischen Kräfte eine entsprechende ideologische Grundhaltung in der ägyptischen Bevölkerung reflektieren. Mit anderen Worten: Sind die Ägypter tatsächlich ein Volk von Islamisten, oder spielen auch andere Faktoren eine Rolle? Zunächst sollte man sich nicht dazu verleiten lassen, den oft seitens der unterlegenen Parteien ins Feld geführten Erklärungsversuchen alleinige Bedeutung beizumessen. Diese schieben die Schuld für ihre Niederlage auf die finanzielle Unterstützung der islamistischen Kräfte durch Saudi Arabien, den frühen Zeitpunkt der Wahlen, und Wahlbetrug. Auch wenn diese Argumente nicht einer Grundlage entbehren sind, sind sie

1 Unter Mitarbeit von Johanna Scholz

nicht unumstritten und reichen allein auch nicht aus.

Lenkt man den Blick auf die antiislamischen Kräfte, zeigt sich, dass diese äußerst heterogen und keineswegs nur säkular oder liberal orientiert waren. So waren koptische, trotzkistische oder nationalistische Kräfte untereinander zwar in ihrer Ablehnung des politischen Islam vereint, stellten aber ebenso wenig wie die Kräfte der neuen ökonomischen Eliten eine glaubwürdige Alternative für die Mehrheit der Ägypter dar. Dies wird etwa deutlich am sogenannten *Ägyptischen Block*, der liberalsten und säkularsten der vier Listen, der zwar gemeinsam gegen die Islamisten antrat, aber unfähig war, ein kohärentes politisches Programm zu entwickeln (vgl. etwa Büchs 2012). Diesem konnten die Islamisten ein politisch aufbereitetes geschlossenes Welt- und Wertebild gegenüberstellen, das in Zeiten postrevolutionärer Verunsicherung als stabilere, da vertrautere Größe erschien.

Doch ist damit tatsächlich der Wunsch eines Großteils der ägyptischen Bevölkerung nach einem nachhaltig islamisch geprägten Staats- und Gemeinwesen verbunden? Ein Blick auf das neue Wahlsystem, durch das die Reste des Mubarak-Regimes auf elektoraler Ebene beseitigt werden sollten, ebenso wie auf die Art der Kampagnenführung, kann diese Hypothese relativieren. So ging es bei der Wahlsystemreform vor allem darum, durch die Einführung landesweiter Listenwahlen die Macht der lokalen Familien in den einstmals 222 Wahldistrikten zu brechen, die durch das alte, auf der lokalen Wahl von Einzelkandidaten beruhende Wahlsystem bevorzugt wurden und so im Rahmen eines ausgeprägten Klientelismus das Rückgrat der autoritären *Nationaldemokratischen Partei* bildeten. Statt wie zuvor in jedem Distrikt zwei lokale Kandidaten für das Parlament wählen zu lassen, wird nur noch ein Drittel als lokale Distriktkandidaten gewählt; zwei Drittel werden über landesweite Listen bestimmt. Zugleich wurden jeweils mehrere Wahlbezirke zu einem jeweils neuen Distrikt zusammengelegt. Dieser weitere Versuch, den Einfluss der lokalen Familien zu brechen, war partiell erfolgreich. So gelang es den nunmehr konkurrierenden Familien zumindest teilweise weder, sich einzeln zu behaupten, noch als gemeinsame, kohärente lokale Größe aufzutreten. Das so entstandene Vakuum konnte dann von Islamisten genutzt werden. Allerdings gelang es noch hinreichend vielen alten lokalen Kräften sich durchzusetzen, sodass die Listenergebnisse von denen der Einzelkandidatenwahlen zu unterscheiden sind.

Da das neue Wahlsystem bewirkte, dass einige lokale Einzelkandidaten, vor allem aber die Kandidaten auf den nationalen Listen, den Wählern nicht bekannt waren, und diese zudem auch viele der neuen Parteien selbst nicht kannten oder diesen misstrauten, konnten die Islamisten abermals profitieren. Hinzu kommt die Kampagnenführung: Während die nichtislamischen Kräfte unorganisiert auftraten und die Bevölkerung mit revolutionären Slogans und Wahlkampfwerbung überzogen statt vor Ort konkrete Parteiarbeit zu leisten, konnten die Muslimbrüder ihre sozialen Verästelungen in die ägyptische Gesellschaft hinein nutzen, die nicht zuletzt auf der langjährigen Zurverfügungstellung quasistaatlicher sozialer Leistungen für minderprivilegierte Schichten beruhten. Dieser Effekt verband sich sehr effektiv mit dem neuen Wahlsystem. Denn da es an der Beziehung der Wähler zu den Parteien und Listenkandidaten der nichtislamischen Kräfte fehlte, die Listenkandidaten insbesondere der Muslimbrüder aber weitgehend bekannt waren und die Organisation der Muslimbrüder ebenfalls eine vertraute und noch dazu häufig positiv besetzte Größe darstellte,

wurde in hohem Maße für die islamistische Liste gestimmt.

Etwas anders sah es bei den Einzelkandidaten aus. Dort mussten sich die Muslimbrüder oft mit anderen lokal bekannten Größen messen. Während bei den Listen die islamistischen Kräfte aus den erwähnten Gründen große Erfolge erzielten, weil sie auch von Nicht-Islamisten gewählt wurden, wurden die islamistischen Einzelkandidaten nur von überzeugten Islamisten gewählt. So hatten die islamistischen Parteien hohe Werte bei den Listen, während die Erfolge bei der Wahl der Einzelkandidaten, speziell bei den Salafisten, äußerst gering ausfielen, was viel über die (geringe) tatsächliche ideologische Unterstützung aussagt.

3. Islamische Revolution? Weshalb Ägypten einen islamistischen Präsidenten wählte

Wie aber sind die Präsidentschaftswahlen zu bewerten, aus denen Muhammad Mursi von der islamischen *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* als Sieger hervorging? Bei den Wahlen standen die dem ancien régime entstammenden Kandidaten jenen Kräften gegenüber, die seinerzeit die Opposition des Mubarak-Regimes bildeten. Somit trafen Moussa und Shafiq als Repräsentanten des ancien régime auf den säkular orientierten Reformismus eines Hamdeen Sabahi. Diesen standen die islamistischen Kräfte gegenüber, die sich ihrerseits in konservative und reformerische Kräfte ausdifferenzierten. Letztlich manifestierte sich die Entscheidung des Elektorats zugunsten der Fortsetzung der revolutionären Errungenschaften oder Rückkehr zur alten Ordnung letztlich in der Frage für oder gegen die Unterstützung islamistischer Kräfte. In der Stichwahl zwischen Muhammad Mursi und Ahmad Shafiq trat dieser Umstand klar zu Tage.

Während Shafiq hochrangige Positionen sowohl bei den Streitkräften als auch innerhalb der Regierung bekleidet hatte, war Mursi prominentes Mitglied der Muslimbruderschaft und wurde vom Mubarak-Regime mehrfach verhaftet. 1977 hatte Mursi sich den Ikhwan angeschlossen und war nach seiner Rückkehr aus den USA, wo er studiert und im Anschluss als Professor an der University of Southern California gewirkt hatte, innerhalb der Organisation rasch aufgestiegen. Seit den 1990er Jahre galt er als ihr führender politischer Stratege. Da es den Ikhwan verwehrt war, zu Wahlen anzutreten, saß Mursi seit 2000 als freier Kandidat im Parlament. Als die Muslimbrüder nach Mubaraks Sturz mit der *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* erstmals eine politische Partei gründen konnten, wurde Mursi ihr Vorsitzender. Zur Präsidentschaftswahl sollte er zunächst nicht antreten, dies war dem Chefstrategen der Ikhwan, Khairat al-Shater, vorbehalten, der jedoch wegen seiner Vorstrafen von der Wahlkommission nicht zugelassen wurde. Ideologisch bedeutete dies jedoch keinen Strategiewechsel; beide Politiker gehören dem konservativen Flügel der Ikhwan an, und Mursi war mit seinem Werben für eine islamische Renaissance und damit verbunden etwa einer stärkeren Rolle der Scharia auch für salafistische Wähler eine Option, zumal deren ultrakonservative Schlüsselfigur Hazem Salah Abu Ismail von der Wahl ausgeschlossen worden war.

Vor allem bildete Mursi einen deutlichen Gegenpol zu Abul Futuh, der einen reformorientierten politischen Islam vertritt und sich für bürgerliche Freiheiten ebenso wie die Demokratisierung der Muslimbruderschaft selbst stark gemacht hat. Insbesondere fungierte er, einst selbst streitbarer Studentenführer gegen das Sadat-Regime, als Mentor für die reformwil-

lige Jugend innerhalb der Ikhwan. Lange Zeit hochrangiges Mitglied der Muslimbrüder, war Futuh wegen seines Reformwillens 2009 auf Betreiben al-Schaters zunächst aus den Leitungsgremien der Bruderschaft abgesetzt und 2011 schließlich ganz aus der Bruderschaft ausgeschlossen worden. Seither tritt er als Vorsitzender der Partei *Starkes Ägypten* für die Durchsetzung eines gemäßigten politischen Islam ein. Zwar unterstützte, was zunächst merkwürdig anmutet, ausgerechnet die salafistische *al-Nur* Partei, deren Programmatik weitaus rigider als die der *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* ist, offiziell Futuh, jedoch geschah dies primär, um die Muslimbruderschaft als Konkurrenten zu schwächen. Tatsächlich kam dieser Schritt bei der salafistischen Basis nur bedingt an, sodass diese mehrheitlich den ihr ideologisch näherstehenden Mursi gewählt hat. Hierzu mag nicht zuletzt auch beigetragen haben, dass der prominente Abdulla Alaschaal, seine Kandidatur für die – ebenfalls – salafistische *Authentizitätspartei* zugunsten von Mursi zurückgezogen hat.

Trotz der Ergebnisse wählten keineswegs alle Bürger den politischen Islam aus Überzeugung an die Spitze ihres Landes. Allerdings war für viele Ägypter eine Fortführung der politischen Geschicke des Staates im Geiste des ancien régime noch weniger hinnehmbar. Vor diesem Hintergrund lässt sich etwa das schlechte Wahlergebnis des langjährigen Generalsekretärs der Arabischen Liga, Amr Moussa, erklären, der zwar mit dem vielversprechenden Programm inter-religiöser Verständigung angetreten war, dessen Versuch, sich vom Mubarak-Regime und den Anhaftungen von Korruption und Nepotismus im Amt zu distanzieren, für die Vielzahl der Wähler allzu unglaubwürdig war.

Für die Profiteure des alten Regimes indes war Shafiq der Wunschkandidat. Er selbst führte einen antiislamistischen Wahlkampf, um so neben den einstigen Mubarak-Anhängern jene Teile der Ägypter anzusprechen, die skeptisch gegenüber einer möglichen islamistischen Staatsführung waren. Es war vor allem das Militär, das gerne Shafiq als Präsidenten gesehen hätte, nicht nur weil Shafiq als hochrangiger Luftwaffen-Offizier aus seinen Reihen stammt, sondern weil dieser angekündigt hatte, mithilfe der Streit- und Sicherheitskräfte, die (alte?) Ordnung im Lande wiederherzustellen. Von seiner Präsidentschaft hätte das Militär, das große Teile der Wirtschaft kontrolliert – ein geläufiges Diktum besagt, dass Ägypten eher Streitkräfte mit einem Staat seien und nicht ein Staat mit Streitkräften – stark profitiert. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Militär Shafiqs Wahlveranstaltungen wohlwollend begleitete. Shafiq-Unterstützer im Innenministerium sollen – entgegen den Regularien – sogar über 900.000 Ausweise an ägyptische Militärangehörige ausgegeben haben, damit diese ihre Stimme Shafiq geben konnten. Letztlich hat es für Shafiq nicht gereicht, repräsentierte er für zu viele Ägypter die Verkörperung der endlich überwundenen Vergangenheit. Vielleicht hätte es Warnung genug sein müssen, dass Shafiq nach nicht einmal drei Monaten Amtszeit als erster Regierungschef der Post-Mubarak-Ära nach massiven Protesten von Demonstranten und politischer Opposition zurücktreten musste und auch seine Präsidentschaftskandidatur Kontroversen und Proteste ausgelöst hatte. Letztlich wollten zu viele jener Kräfte, die selbst keineswegs vom politischen Islam begeistert waren, unbedingt verhindern, dass das Rad in die vorrevolutionäre Zeit zurückgedreht würde.

Freilich stellt sich an dieser Stelle die Frage, weshalb dann nicht eine dritte Kraft erfolgreicher war. Nun, eine solche stand bei der Stichwahl nicht zur Verfügung: Die Ägypter sahen sich beim zweiten Wahlgang somit zwei

gleichermaßen problematischen Alternativen gegenübergestellt, nämlich der Rückkehr zum alten, autoritären System oder dem Aufbruch in eine ungewisse islamistische Zukunft, die – wie auch seitens vieler Ägypter befürchtet – ganz nach iranischem Beispiel verlaufen könnte. Insbesondere die revolutionstragende Wählerschaft, die zuvor Hamdeen Sabbahi die Stimme gegeben und ihm so mit 20% das drittbeste Ergebnis beschert hatte, war gespalten in jene, die die Stichwahlen aus Unzufriedenheit mit beiden Kandidaten boykottierten und jene, die Mursi als Gegenkandidat zu Shafiq unterstützten.

Sabbahi, gemäßigter Nasserist und gleichermaßen Gegner von Islamismus und Autoritarismus, war vor allem in den urbanen Zentren erfolgreich, die als Hochburgen eines neuen postrevolutionären Liberalismus gelten. Doch so weit ist der überwiegende Teil der ägyptischen Gesellschaft noch nicht. Dennoch zeigt sich, dass neben den islamistischen Kräften, die bei der Parlamentswahl noch rund 70 Prozent der Stimmen erlangt hatten, nun auch nichtislamistische Kräfte an erkennbarem Gewicht gewinnen und die liberalen Teile der Revolutionsbewegung stärker sind als gedacht. Insgesamt ist Mursis Wahlsieg somit keineswegs nur als ein islamistischer Sieg zu werten. Vielmehr kann er auch als deutliches Votum zur Fortsetzung der Post-Revolution und als Ablehnung einer Rückkehr zum alten System interpretiert werden.

4. Muslimbrüder an der Macht: Zwischen Ideologie, Pragmatismus und Konflikten

Nichtsdestoweniger gilt es trotz dieser Umstände und auch trotz der Tatsache, dass Mursi nach seinem Wahlsieg die Bruderschaft offiziell verlassen hat, um, wie er sagte, Präsident aller Ägypter zu sein, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass islamistische Kräfte die politische Macht innehaben. Zugleich sieht sich auch Mursi mit der Realität hinter den Wahlergebnissen konfrontiert, und seine Aufgabe besteht darin, einen Interessenausgleich zwischen den Kräften des ancien régime, den Islamisten und dem liberal orientierten, vorrangig jungen Segment der Revolutionsbewegung zu erreichen. Das ist angesichts der sozio-ökonomischen Probleme wie auch der weit auseinanderklaffenden Ideologien, Interessen und Visionen schwer.

Speziell die Muslimbrüder, deren Reihen Mursi entstammt, deren Förderung er seine Karriere verdankt und deren Ideologie er nach wie vor verhaftet ist, tragen entsprechende Erwartungen an ihn heran. Offiziell wurde das Grundlagenpapier der Muslimbrüder aus dem Jahre 2007 nie revidiert; zugleich jedoch zeigen sich die Ikhwan differenzierter als das Dokument oder manche Aussage vermuten lässt. So steht offiziell der Friedensvertrag mit Israel zur Disposition, auch fordert etwa al-Badi, der Führer der Bruderschaft, den Jihad gegen Israel und die USA (vgl. etwa Rubin 2011: 45f.). Zugleich aber kam es zu einer sofortigen Verurteilung der Anschläge des 11. September, auch stehen die Ikhwan nicht auf der Liste der terrorunterstützenden Organisationen des US-Außenministeriums. Tatsächlich existieren gewichtige Stimmen bei den Muslimbrüdern, die bei aller Verurteilung der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedensvertrages mit Jerusalem betonen. Statt des bewaffneten Widerstandes forderte eine Bewegung innerhalb der Muslimbrüder vor kurzem sogar Hamas und Fatah auf, in gemeinsame Friedensverhandlungen mit Israel einzutreten, ein Umstand, der angesichts der derzeit eskalierenden Spannungen zwischen diesen Konfliktparteien und der seitens

des Westens erhofften vermittelnden Schlüsselrolle Mursis von größter Bedeutung ist.

Was die Forderung nach einer stärkeren Rolle der Scharia anbelangt, so muss auch hier differenziert werden. Während einerseits ein Rat der Religionsgelehrten als Vetoinstanz für nicht islamkonforme Gesetze gefordert und für Nichtmuslime zwar Schutz, nicht aber deren unislamische Religionsausübung garantiert wird, tritt in puncto Frauenrechte eine wachsende Zahl von Ikhwan zu deren Gunsten ein. Für viele Ikhwan und deren Wähler hat die Scharia vor allem zwei Funktionen: Sie dient der Aufrechterhaltung der ägyptisch-islamischen Identität, ohne jedoch eine Rigorosität, wie sie etwa im Iran zum oktroyierten Gesellschaftsmodell geworden ist, anzustreben, und der Absicherung eines werthaltigen Pragmatismus, wie etwa im auch in Teilen der Ikhwan erkennbaren Wunsch nach Beibehaltung säkularer Gerichte, die sogar Religionsgerichte überstimmen könnten, erkennbar ist. Insbesondere auf ökonomischem Gebiet findet sich dieses pragmatische Scharia-Verständnis. So haben die Muslimbrüder bereits vor den Wahlen Pläne für eine umfassende Wirtschafts- und Sozialreform ausgearbeitet, welche die Förderung von Industrie, Handel und Technologie sowie Exportorientierung und eine enge Anbindung an den Westen vorsehen, um so ein umfassendes Bildungs- und Gesundheitssystem zu entwickeln.

Allerdings dürfte es schwer sein, solche Pläne rasch umzusetzen. Nicht nur wirken die postrevolutionäre politische Instabilität wie auch die akuten sozio-ökonomischen Verwerfungen dem entgegen, auch sieht sich Mursi diversen innenpolitischen Machtkämpfen ausgesetzt. Diese betreffen insbesondere die Bereiche Justiz und Militär. So hat Mursi mehrfach versucht, die Justiz einzuschränken, ihren Entscheidungen nicht Folge geleistet oder gar diesen bewusst zuwidergehandelt. Schließlich folgte ein Erlass, demzufolge die verfassungsgebende Versammlung der Gerichtsbarkeit entzogen sei. Ferner wurden von Mursi jede mögliche Gegenmaßnahme zu seinen Dekreten, Gesetzen und Entscheidungen durch die Justiz verboten – ein Schritt, den der Oberste Justizrat als einen nie dagewesenen Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz wertet. Offiziell geht es bei dem – zeitlich begrenzten – Dekret Mursis um die Immunisierung der in der verfassungsgebenden Versammlung und im Shura-Rat institutionalisierten Revolution vor dem – durchaus nicht unrealistischen – Zugriff der alten Eliten. Doch so nachvollziehbar der Wunsch nach Immunität der Verfassungsväter auch sein mag, so sehr stellt sich die Frage, ob die Kombination aus Machtfülle und Unantastbarkeit für den Präsidenten und die neuen Eliten sich angesichts der massiven post-revolutionären Probleme Ägyptens nicht zu einem dauerhaften Herrschaftsinstrument entwickelt, das dann Islamismus und Autoritarismus auf fatale Weise verbindet. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Konflikte Mursis mit dem mächtigen Militär, das Mursis Befugnisse kurz vor dessen Amtsantritt weitgehend beschränkt hat, während er seine eigenen erheblich ausdehnte. Hierauf versetzte Mursi den Vorsitzenden des Militärrats in den Ruhestand. Zudem erklärte Mursi die Erlasse des Militärrats für unwirksam. Dennoch sind Mursis Befugnisse als Präsident nach wie vor weitgehend unklar. Einer der zentralen Schauplätze der Auseinandersetzung zwischen Militär und Muslimbrüdern ist dort, wo die künftigen Rollen und Kompetenzen in die neue Verfassung gegossen werden. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist der jüngste Erlass der präsidentiellen Omnipotenz zu deuten. Der Ausgang ist unklar und es ist gewiss nicht übertrieben zu behaupten, dass vom Militär ei-

ne mindestens ebenso große Gefährdung für einen demokratischen Transformationsprozess ausgeht wie von einem ungezügelten politischen Islamismus. Insgesamt jedoch ist Ägypten weitaus näher an einer Rückkehr zum Autoritarismus gleich welcher Couleur, denn zur pluralistischen Demokratie und Rechtstaatlichkeit.

5. Perspektiven der islamistischen Regierung in Ägypten

Mursis Dekret dient der Sicherstellung der eigenen Herrschaft, denn es stellt sich angesichts der genannten Herausforderungen die Frage, ob die Muslimbrüder auf absehbare Zeit an der Macht bleiben werden. Mursis Politik kann dabei als Versuch gesehen werden, Ägypten zu stabilisieren. Die Wahl seiner Mittel jedoch bewirkt genau das Gegenteil. Nicht zum ersten Mal seit den Wahlsiegen sehen wir Massenproteste, die sich teils gegen konkrete Maßnahmen richten, im Wesentlichen aber als Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit zu sehen sind. Viele Ägypter haben den Eindruck, Ägypten fehle es an Führung. Mehrfach schon wurde die Absetzung des Mursi-Regimes gefordert – und zwar mit dem Ruf, von dem der Sturz Mubaraks begleitet war. Mursi und die Muslimbrüder haben das Land polarisiert – und Mursis Maßnahmen die ohnehin schwelende Krise wie auch die bestehenden gesellschaftlichen Spaltungen noch vertieft. Speziell die ökonomische Lage hat sich mit der erneuten Destabilisierung des Landes etwa in Form dramatisch fallender Aktienkurse gezeigt – nicht gerade förderlich für die Wirtschaftspläne der Muslimbrüder. Hinzukommen die wachsenden Ausdifferenzierungen innerhalb des islamistischen Lagers wie den Ikhwan selbst. Denn obgleich diese als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen sind, wurde ihre führende Stellung unter Ägyptens Islamisten erodiert. Reformen innerhalb der Organisation sind nötig, um sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Die inneren Strukturen sind nach wie vor rigide und illiberal. Und Wege, welche auf die Entwicklung in Richtung von so etwas wie innerparteiliche Demokratisierung weisen, wurden erst jüngst seitens der Führung unterbunden. Das Potenzial einer weiteren Revolte ist angesichts der Probleme nicht geringzuschätzen – diesmal allerdings nicht getragen von liberalen Eliten, sondern dem ausgehungerten und perspektivlosen Proletariat. Als das eigentliche große Problem könnte sich somit nicht allein erweisen, dass die Muslimbrüder an der Macht sind, sondern dass auch sie keine adäquaten Lösungen für die mannigfachen Probleme Ägyptens haben. Somit droht Ägypten entweder Chaos oder – wahrscheinlicher – erneut Autoritarismus – islamistisch oder möglicherweise militärisch geprägt.

Literatur

Büchs, Annette (2012): Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten. GIGA Focus Nahost, 1/2012.

Rubin, Barry (2011): Reflections on the Revolution in Egypt. In: Middle East Review of International Affairs, Vol. 15, No. 3, S. 40-49.

Neu bei Springer VS

Steffen Mau, Nadine M. Schöneck-Voß (Hrsg.)

Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands

bestehend aus zwei Bänden

Das Handwörterbuch stellt in über 65 Artikeln Grundlagen und Grundstrukturen des gesellschaftlichen Systems Deutschlands dar. Es ist ein umfassendes, zuverlässiges Grundlagenwerk für alle, die sich in Studium oder Beruf mit der Gesellschaft Deutschlands auseinandersetzen.
Jedem Beitrag liegt folgende Gliederung zugrunde: Definition und Abgrenzung; sozialgeschichtlicher Hintergrund; gegenwärtige sozialstrukturelle Ausprägung; sozialpolitische Relevanz. Das Gewicht liegt auf der gegenwärtigen sozialstrukturellen Ausprägung des betrachteten Gegenstandes - z.B. Alltag; Arbeitslosigkeit; Armut; Bevölkerung; Familie; Frauen; Gesundheit; Industrie; Informationsgesellschaft; Jugend; Kinder; Kirchen; Kriminalität; Landwirtschaft; Lebensbedingungen; Migration; Öffentlichkeit; Randgruppen und Minderheiten; Rentner; Sexualität; Stadt und Land; Umwelt; Verkehr; Wohnen.

Die Herausgeber

Dr. Steffen Mau ist Professor für Politische Soziologie und vergleichende Analyse von Gegenwartsgesellschaften an der Universität Bremen.
Dr. Nadine M. Schöneck ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Bremen.

3., grundl. überarb. Aufl. 2013. 1044 S. mit 74 Abb. u. 91 Tab.
Geb. € (D) 49,95 ISBN 978-3-531-17663-5

Änderungen vorbehalten.

Einfach bestellen:

SpringerDE-service@springer.com
tel +49 (0)6221 / 345 – 4301

springer-vs.de

Springer VS